

Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 592. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 18. December 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. December.

11 Uhr. Am Ministerische: Fall, Maybach und Graf zu Eulenburg mit mehreren Ministern.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Baur:

„Ist die königliche Staatsregierung in dem Falle, daß dieselbe für die nächste Session die Vorlegung des Unterrichtsgesetzes in bestimmter Aussicht zu stellen nicht vermag, wenigstens geneigt und dazu im Stande, in nächster Frist 1) die Pensionierungsverhältnisse der Elementar-Lehrer gesetzlich zu regeln und 2) die Lage der Lehrerwitwen und Waisen durch eine zweckentsprechendere Handhabung des Gesetzes vom 22. Decbr. 1869 zu verbessern?“

Abg. Baur: Bei der Ausschließlichkeit auf ein regelndes Unterrichts-gesetz ist der Lehrerstand von dem Verlangen erfüllt, daß abgesehen davon ein Dotationsgesetz vorgelegt werde, wozu das Ministerium Mühlner nicht nur deshalb bereit war, weil es dadurch über das Unterrichts-gesetz hinwegzukommen hoffen durfte, sondern wozu es auch durch die liberale Majorität des Hauses vom Jahre 1865 autorisiert wurde. Die für viele noch streitige Frage, ob ein solches Dotationsgesetz möglich und erwünscht sei, wurde von dem ehrwürdigen Senior unter den raschlos Fürsprechern für das Wohl unserer Elementarlehrer, Friedrich Hartort, mit Rücksicht auf die unzulässige und zwingende Noth im Lehrstande, zur Zeit des Ministeriums Mühlner bejaht. Mit dem Eintritt des jetzigen Ministers in sein Amt und der dadurch erweckten Hoffnung auf ein Unterrichts-gesetz vermittelte dieser Wunsch, er trat aber lebhafter wieder hervor, als die Hindernisse bekannt wurden, die der Erfüllung dieser Hoffnung hauptsächlich durch entgegengetreten, daß das gegenwärtige Cultusministerium die Frage der Dotation im engsten Zusammenhang mit der Frage der Beitragspflicht, der Organisation der beitragspflichtigen Gemeinden oder Verbände aufnahm.

Im Anschluß an diese Auffassung hat die Unterrichts-Commission des Hauses das Drängen nach einem Dotationsgesetz bis zu diesen Tagen möglichst zurückhalten sich bemüht. Zwei Punkte der Dotation jedoch, von denen der eine bereits gesetzlich geregelt, der andere noch in völligem Schwanen begriffen ist, erfordern die unablässige Fürsorge der Regierung und der Landesbetreffung: die Versorgung der Emeriten und die der Wittwen und Waisen. Der Emerit hat nach einem Ministerial-Rescript vom 9. August 1819 den dritten Teil seines früheren Gehalts als Pension zu beanspruchen. Obwohl ihm dies der Nachfolger auszusprechen hat, fand doch das Rescript seinerzeit bei den Gemeinden lebhaften Widerspruch, weil sie fürchteten, daß eine Mitleidung ihrerseits doch unvermeidlich sein würde. Dieser Anspruch ist aber ebensovienig, wie die Aufbesserung der Lehrergehälter, gesetzlich, sondern nur durch Verordnungen geregelt. Im Jahre 1872 gab es 2843 emeritierte Volksschullehrer, von diesen bezogen 826 noch unter 50 Thaler Emeritengehalt, 615 zwischen 50 und 75 Thlr., 479: 75 bis 100 Thlr., 696: 100 bis 150 Thlr., 376: 150 bis 200 Thlr. und nur 441 über 200 Thaler. Zu diesen von den Gehältern der Nachfolger abgezogenen Beträgen kommen einige wenige Beträge aus den Lehrer-Pensionsfonds und den Gemeindefonds und ein geringer widerwilliger Zuschuß seitens des Staates. Der Abzug des Emeritendrittel vom Gehalt des jungen Nachfolgers ist aber eine den Lehrerstand herabwürdigende Institution, der beseitigt werden muß, wer auch immer die Kosten der Beseitigung zu tragen habe. Die Lage der Emeriten ist in anderen deutschen Ländern, namentlich Baden und Sachsen und den neuen preussischen Provinzen, besser als in den altständischen wobei zu bedauern ist, daß die preussische Regierung in Nassau, wo ein im Uebrigen befriedigendes Lehrer-Pensionsgesetz in Kraft ist, nicht dem Wunsche der Lehrer gemäß die Beschränkung des der Pension zu Grunde liegenden Gehalts auf ein Maximum von 800 Gulden abgehandelt hat. Die Regierung darf nicht länger zulassen, daß unsere Emeriten ihr Greisenalter in Kummer und Elend beschließen. Eine baldige gesetzliche Regelung ihrer Pensionen, sei es auch nur eine provisorische bis zum Inkrafttreten des Unterrichts-gesetzes, ist unbedingt nötig.

Die Pensionen der Lehrer-Witwen und Waisen sind durch Gesetz vom 22. December 1869 geregelt, in welchem das Minimum einer Wittwenpension auf 50 Thlr. normirt ist. Ein gleicher Betrag ist durch Ministerial-Verfügung vom 31. Januar 1870 für die Waisenfamilie eines Lehrers aus-gesetzt. Das Gesetz von 1869, sowie dessen Ausführung durch die Regierung hat aber zu vielen Klagen Anlaß gegeben. Man hat die Lehrer sogleich mit dem gesetzlichen Maximum von 5 Thlrn. zum Beitrage zu diesen Klassen herangezogen und die Regierung die Capitalisierung der Ueberflüsse, statt der Erhöhung der Pensionen erlirbt. Im Jahre 1876 hat ein Regierungs-Commissar vor der Unterrichts-Commission des Hauses erklärt, daß man die Capitalsummen bis zur Erreichung des „Beharrungszustandes“, d. h. des Zustandes, in welchem alle Zinsen zu Pensionen verwendet werden, erhöhen wolle, daß dieser Zustand aber erst in 70 Jahren erreicht werden könne und daß der Staat bisher keinen Zuschuß leiste. Die Commission hat deshalb Revision des Gesetzes von 1869 verlangt. Trotzdem nun seitdem die Pensionen erhöht sind, besteht doch noch das Minimum von 150 M., von welchem eine Lehrerin nicht dürftig und dabei anständig leben könne. Die Capitalvermehrung dauert fort; so haben die Bezirke Posen, Königsberg, Posen, Stettin in ein Zeitraum, in welchem sie 60,000 M. resp. 51,000 M. resp. 96,000 M. resp. 48,000 M. an Pensionen verausgaben, die Summen von 51,000 M. resp. 30,000 M. resp. 27,000 M. resp. 58,000 M. daneben capitalisirt. Zu Schließen hat die evangelische Lehrervereinigung am Ende des Rechnungsjahres 1877/78 ein Vermögen von 729,000 M. be-sessen; bei einer Einnahme von 114,042 M. hat sie 103,160 M. verausgabt. Sollte sie alle nach dem Gesetze verwendbaren Beträge ausgeben, so hätte jede Witwe resp. Waisenfamilie statt 150 M. schon 165 M. empfangen können. Redner verlangt als nächste Abhilfe die Erhöhung des Minimums der Pensionen von 150 M. auf 300 M. und erwartet vom Minister eine Antwort, die in der Lehrerschaft die Hoffnung auf baldige Regelung der ganzen Dotationsfrage in dem womöglich im nächsten Jahre vorzuliegenden Unterrichts-gesetz erweckt.

Cultusminister Dr. Fall: Ich gehe auf die Details um so weniger ein, als durch zahlreiche Petitionen sowohl in der Unterrichts-Commission wie im Hause Gelegenheit zu eingehender Besprechung gegeben werden wird. In der Voraussetzung, daß die Regierung für die nächste Session die Vor-legung des Unterrichts-gesetzes in bestimmter Aussicht zu stellen nicht vermag“, liegt wohl die Frage, ob die Staatsregierung eine bestimmte Aussicht eröffnen könne. Das große Interesse der Staatsregierung an dem Unter-richts-gesetz ist in der Thronrede ausgesprochen. Wenn man bei der Staats-berathung darüber einer gewissen Steifheit hingegeben, so muß ich der-artige Zweifel, soweit sie sich auf den ernstlichen Willen und das energische Streben der Regierung beziehen, entschieden zurückweisen. Mit der Finanz-reform ist es der Staatsregierung voller Ernst, und damit steht auch das Unterrichts-gesetz in wechselseitiger Beziehung. Denn eben so, wie das fließende reichlicherer Geldmittel eine Vorbereitung für das Unterrichts-gesetz ist, eben so treibt auch die Nothwendigkeit des Unterrichts-gesetzes zur Durchführung der Finanzreform. Es liegt aber nicht im Sinne der Regierung, die Vor-legung des Unterrichts-gesetzes bis zu dem Zeitpunkte zu verzögern, bis die in Aussicht genommenen Mittel wirklich fließen; aber mit Nutzen kann ein solches Gesetz nur dann beraten werden, wenn wirklich ein Ziel erreicht werden kann. Eine formelle Garantie dafür, daß dies schon in nächster Session geschehen kann, übernehme ich nicht; ich bin in dieser Beziehung sehr vorichtig geworden; ich stelle nur das in Aussicht, was mein eigenes Thun angeht.

Wir sind alle einverstanden, daß auf dem Gebiete der persönlichen Verhältnisse der Lehrer noch schwere Uebel, ja Nothstände vorliegen. Ich mache mir gar kein Hehl daraus, daß auf dem Pensionierungsgebiete das größte Bedürfnis vorhanden ist, ein größeres, als vielleicht bei den Alterszulagen Mein Streben ist auch stets dahin gerichtet gewesen, in diesem Punkte eine Verstärkung der disponiblen Mittel eintreten zu lassen; aber mein Bestre-ben ist an der Finanzlage gescheitert oder wenigstens auf das geringste Maß

eingeschränkt. Eine gerechte Regelung dieser Angelegenheit kann nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen, und wenn das Unterrichts-gesetz sich noch lange verzögern sollte, so wird sich die Staatsregierung die Frage vorlegen müssen, ob nicht dieser Punkt allein gesetzlich zu regeln wäre. Aber auch diese Sache hängt mit der Finanzreform auf das engste zusammen. Denn nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung wird sich eine Mehrausgabe von 2 bis 3 Millionen Mark herausstellen. Was die zweite Frage angeht, so bin ich der Ansicht, daß ich das Gesetz von 1869 richtig angewendet habe. Ich werde mich einer Neuprüfung dieser Frage nach allen Richtungen hin nicht entziehen. Aus den Verhandlungen des Hauses habe ich auch noch keine Beweise erhalten, daß die von mir geübte Handhabung keine zweckentspre-chende sei. Die in der Rede des Abg. Baur vorgebrachten Gesichtspunkte werden eine gerechte Würdigung erfahren. Eins kann ich noch sagen, in der Auffassung der Verhältnisse der emeritierten Lehrer stimme ich mit dem Finanzminister vollkommen überein und, soweit dies die Finanzlage des nächsten und der folgenden Jahre gestattet, wird der Finanzminister meinen Anträgen in Bezug auf die Emeritengehälter seine Hilfe nicht verweigern.

Abg. Tschow erklärt als Vorsitzender der Unterrichts-Commission, daß diese einen schriftlichen Bericht über Petitionen ähnlichen Inhaltes erstatten werde. Das Haus könne daher heute auf die Besprechung der Inter-pellation verzichten.

Abg. Richter (Hagen) schließt sich dieser Erklärung an; die Fortschritts-partei habe diese Interpellation nur eingebracht, damit nicht die den An-trägen aus dem Hause gewidmete Zeit allein durch die Anträge des Centrums absorbiert werde. Die Petitionsberichte pflegten immer erst am Schluß der Session in aller Eile erledigt zu werden.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich würde der Rede des Cultusministers für das Tabakmonopol... (Widerspruch), so fasse ich sie im Wesentlichen auf — gern entgegengetreten sein. Aber ich behalte mir vor, bei den Petitionsberichten die nöthigen Bemerkungen zu machen.

Damit ist die Interpellation erledigt. Auf den Antrag des Abg. Richter werden die Uebersichten über den Fortgang des Baues und über die Ergebnisse des Betriebes der Staats-Eisenbahnen im Jahre 1877/78 und über den Stand und Fortgang der-jenigen Staats-Eisenbahnanlagen in der Zeit vom 1. October 1877 bis Ende September 1878, für welche die erforderlichen Geldmittel durch besondere Geleise oder unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Staats der Eisenbahnverwaltung bewilligt worden sind, sowie der Nachweis über die Verwendungs des in dem Etat der Eisenbahnverwaltung pro 1. April 1877/78 unter Tit. 9 der einmaligen und außerordentlichen Aus-gaben vorgelegener Dispositionsfonds von 900,000 Mark an die Budget-Commission verniesen. Ferner wird der Gesetzentwurf, betreffend die Er-weiterung der durch das Gesetz vom 20. April 1869 für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Finntrop über Olpe nach Rothe-Walde im Bigge-thale übernommenen Zinsgarantie in zweiter Berathung ohne Discussion genehmigt.

Hierauf setzt das Haus die zweite Berathung des Etats des Mini-steriums des Innern fort.

Bei Capitel 97, Polizeiverwaltung in den Provinzen, Tit. 5 (Stettin) bespricht sich Schmidt (Stettin) über die Theaterzensur der dortigen Polizeidirection, welche das auf dem Berliner Residenztheater 49 Male aufgeführte Stück „Die Furchambault“ nicht zur Aufführung ver-stand und durch eine so willkürlich geübte Censur wichtige Privatinteressen verletzt habe. Ein Stück, welches in Berlin unter den Augen des Ministers des Innern und des Polizeipräsidenten aufgeführt worden, müsse auch in Stettin aufgeführt werden können. Die Theaterdirectoren hätten ohnehin bei den jetzigen Zeitumständen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein Senior habe einmal aus religiösen Strupeln die Anrede an eine Ge-liebte „mein Engel“ gestrichen, damit nicht die biblische Vorstellung von den Engeln gefährdet werde; in Stettin komme ein ganzes Stück nicht zur Aus-führung, weil ein abweichender Maßstab polizeilicher Moral angelegt werde. Außerdem habe die Stettiner Polizeidirection den Abschluß eines Contractes eines hiesigen Theaterdirectors, welcher im nächsten Sommer mit seiner ganzen Gesellschaft in Stettin habe spielen wollen, dadurch verhindert, daß sie dem Director auf die Anfrage, ob ein beigelegtes Repertoir von 22 anderen Dramen auf Genehmigung der dortigen Behörde zur Aufführung gelangen werde, die Antwort ertheilt habe, daß zwar die Mehrzahl der Stücke der Behörde noch nicht vorgelegen, jedoch derselbe strenge, fittliche Maßstab angelegt werden würde, welcher zum Verbot der Furchambaults geführt habe. Was aber von diesen Stücken in Stettin bekannt geworden, sei derartig, daß dieselben sammt und sonders auf eine Genehmigung nicht zählen dürften. Unter den bezeichneten Stücken seien auch die hervorragendsten, in Berlin aufgeführten Dramen von Sardou und Augier in Bearbei-tungen von Lindau und Lindner gewesen. Der Director habe nunmehr auf das Gastspiel verzichtet. Das Verfahren der Stettiner Polizeidirection habe auch in den Zeitungen des In- und Auslandes bald erste, bald laumige Beurtheilung gefunden. Es sei nothwendig, die Theaterfreiheit gegen eine willkürliche Theaterzensur zu sichern.

Minister Graf zu Eulenburg: Inwiefern ein Stück den Anforderun-gen der Sittlichkeit entspricht, unterliegt ja mehr oder minder dem subjec-tiven Befinden. Es besteht aber heutzutage im Großen und Ganzen viel-fach die Neigung, Stücke, die bis an die Grenze des Unfittlichen und darüber hinausgehen, auf die Bühne zu bringen. Ein Urtheil über das in Rede stehende Stück vermag ich nicht abzugeben, noch weniger über die an-deren nicht einmal genannten Stücke. Ich muß es den Beteiligten über-lassen, wenn sie sich beschwert glauben, Remedur zu suchen und Beschwerde zu erheben. Mir ist weder von dem Verbot dieses Stückes, noch von dem anderen etwas bekannt und ich habe, da bisher eine Beschwerde nicht ein-gegangen ist, keine Veranlassung, hier einzuschreiten.

Abg. Dr. Horwiz: Auch ich will die Aufmerksamkeit des Hauses und des Ministers des Innern auf den mit der Handhabung der Theaterzensur verbundenen Mißstand lenken. Im Gesetze selbst ist für die Anwendung der Theaterzensur kein Anhalt gegeben. Der § 32 der deutschen Reichs-gewerbeordnung bietet keine derartige Handhabe und wenn ich auch dahin gestellt sein lassen will, ob und in wie weit die jetzige Praxis im Großen und Ganzen eine gute Wirkung haben kann, so glaube ich doch: im In-teresse einer heilsamen Reaction gegen die auf allen Seiten des Hauses ge-wiß gleichmäßig und lebhaft seit Jahren beklagte Verrohung und Verwil-derung der deutschen Schaubühne, im Interesse einer anzuführenden Besse-rung ist es lebhaft zu beklagen, wenn durch ungeeignete, noch zu sagen ungeschickte Maßregeln der mit der Handhabung der Censur betrauten Polizeioorgane eine Mißstimmung und ein Spott hervorgerufen wird, die vollständig begründet sind. Es handelt sich hier nicht um eine specielle Be-schwerde, zu deren Organ ich mich machen möchte, sondern um ein öffent-liches Aergerniß. (Der Redner verliest das schon von Abg. Schmidt er-wähnte Schreiben des Polizeipräsidenten von Warnstedt an den Director des Residenztheaters Herrn Claar.)

Ein solches Verfahren, dessen Berechtigung vom Standpunkte der sog-ehöeren Sittlichkeit ich dahin gestellt sein lasse, entbehrt der gesetzlichen Be-gründung und veranlaßt, zu erwägen, ob es nicht dringend angezeigt sei, das ganze Verfahren gesetzlich zu regeln. Denn die Theater-Directoren sind wohl oder übel in der Lage, sich einem solchen Verfahren zu fügen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß in dem Moment, in welchem irgend eine fittliche Republiance bei den Organen der Polizeibehörde lebendig wird, der Vorhang fallen muß und Aergerniß schlimmer Art entsteht. Nun würde ich es als das kleinere Uebel betrachten, wenn eine verständige Art der Censur geübt werden könnte und dadurch Ausschreitungen schlimmer Art verhindert würden. Im Anschluß daran will ich constatiren, daß die Wachsamkeit der Polizei und ihre Empfänglichkeit weit geringer ist gegenüber dem gefungenen und gesprungenen Unfug, als dem in gesprochener Form. Es muß constatirt werden, daß der Präsident der Polizei einer großen Stadt sich gegenüber einer Erscheinung, die in der gesammten gebildeten Welt ein gewisses Aufsehen erregt hat, so verhält, als handle es sich um irgend eine Importation aus einem weit entlegenen ausländischen Hafen und nicht um ein zeitgenössisches literarisches Ereigniß, das jedenfalls Anspruch

auf Beachtung Seitens der mit der Handhabung der Censur befaßten Poli-organen hat. Emil Augier und namentlich seine Furchambault nehmen gerade eine markante Stellung gegen die Ausschreitungen nach dieser von der Polizei verordnete Richtung, es geht ein Zug deutschen Geistes durch dieses Stück (Widerspruch rechts) — ja, m. H., Sie haben Gelegenheit, jeden Abend das Stück zu sehen; wenn Sie hingehen wollen und mir nicht nach-her Recht geben, will ich das Entré bezahlen. Eintheilen erlauben Sie mir, Ihnen zu versichern: nichts ist widerig, als der Cultus jener franzö-sischen sogenannten „Sittencombdie“, die nicht bloß auf einzelnen kleinen Privatbühnen, sondern auch auf allen Hofbühnen, mit Ausnahme der unfrigen, Gegenstand der Aufmerksamkeit und besonderen Begehrlichkeit ge-wesen ist.

In diesem Stück aber handelt es sich geradezu um einen Protest gegen die Verwilderung nach jener Seite hin und deshalb haben auch diejenigen Zeitungen, die in dieser Richtung einen sehr ernsten und gemessenen Stand-punkt einnehmen, die Maßregel der Stettiner Polizei verurtheilt. Es kann doch aber unmöglich eine berechtigte Stettiner Auffassung des Sittlichen gegenüber einer Berliner, Breslauer oder Dresdener Sittlichkeit geben. Das königliche Polizei-Präsidium zu Berlin, das nach dieser Seite hin keinerlei Comibens zu üben pflegt, hat die Furchambault, als ein Stück ersten Inhalts selbst am Todtensonntag gefasst; die Stettiner Polizei setzt es aber auf den Index der sogenannten unfittlichen Stücke. Ich glaube, der Minister des Innern wird gern Veranlassung nehmen, einer derartigen Frage aufmerksam gegenüber zu treten und Aergerniß zu verhüten, das der heilsamen Richtung, die man anstrebt, nur um so schädlichen entgegenwirkt.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Erklärung des Ministers des Innern war für mich vollkommen genügend; ich entnehme daraus, daß die Angelegenheit, im einzelnen Falle auf Beschwerde, übrigens auch generell geprüft werden wird. Vielleicht wäre es zweckmäßig, eine Jury zu bestellen, welche über die Frage, ob ein Stück aufgeführt werden soll oder nicht, entscheidet. Dadurch würde einerseits das Interesse der Sittlichkeit gewahrt und anderer-seits der Willkür vorgebeugt werden.

Abg. Mi auel: Die Ansicht des Vorredners habe ich bereits im Reichs-tage bei Gelegenheit der Gewerbeordnung geäußert. Aber das Einschreiten der Polizei gegen offenbar unfittliche Stücke ist ganz unentbehrlich. Es be-darf gar keiner Ausführung, daß auch in Berlin Stücke gegeben werden, bei denen man sich als Vater scheuen muß, eine wohlgestützte Tochter mit-zunehmen. Das Theater muß aber so beschaffen sein, daß Jeder hingehen kann. Die Polizei kommt häufig in die schwierigste Lage. Es empfiehlt sich in großen Städten eine Art Vertrauenscommission aus Bürgern der gebildeten Stände zusammenzusetzen, welche der Polizei-Präsident in zweifel-haften Fällen zur Verathung zieht.

Abg. Schmidt (Stettin) führt aus, daß man für die Moralität der Schaubühne aus innerer Ueberzeugung eintreten könne, ohne jedoch die Stettiner Censur zu billigen. Der Fall sei so flagrant, daß das Ministerium vom Standpunkte des Aufsichtsrechtes hätte einschreiten müssen, ohne ab-zuwarten, ob der Beschwerdeweg betreten werde.

Bei Titel 7 (Breslau) bemerkt Abg. v. Uechtritz: Diefelben Gründe, welche für eine Vermehrung der Polizei in Berlin sprechen, sind auch maß-gelend für eine große Stadt wie Breslau, welche über eine Viertel-Million Einwohner zählt. Der Staat hat die Pflicht, solchen großen Städten die Mittel zu gewähren, welche erforderlich sind, um die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nothwendige polizeiliche Behörde zu erhalten. Die Masse der Bevölkerung hat die Sicherheit in einer Weise gefährdet, daß es Noth thut, die erstellte Aussicht zu führen. In die Fabriken und Arbeitsplätze der großen Städte strömt Alles; in Folge der Gewerbefreiheit sind die Schant-lstätten massenhaft emporgewachsen. Dazu kommt die außerordentliche Milde unseres Strafgesetzes und die noch größere Milde der Strafvollstreckung. Wenn es nach Einigen ginge, so würden die Zuchthäuser den Pryanen ähnlicher sein als Strafanstalten. So Berlin beziehen die Schulkette ein jährliches Gehalt von 1200 Mark, in anderen Städten von 1080; das ist bei dem kleinen Gehalt schon eine bedeutende Differenz, namentlich für Breslau, wo die Nahrungs- und Wohnungspreise mindestens so hoch sind wie in Berlin.

Bei Titel 18 (Koblenz) bespricht sich Abg. Fuchs darüber, daß die dortige Polizeidirection auch reine Fachvereine überwache und sogar so weit gegangen sei, eine Versammlung des Coblenzer Comites für wissenschaftliche Vorträge, in welcher ein Vortrag über Central-Afrika gehalten werden sollte, zu verhindern. Der Minister müsse solchen Uebelständen durch träftig-e Eingreifen in den betreffenden Fällen oder generelle Verfügung ein Ende machen.

Bei Capitel 98 (Polizei-Districts-Commissarien in der Pro-vinz Posen) bemerkt Abg. Drescher: Man hat sich über die polizeiliche Ueberwachung der landwirthschaftlichen und Bildungsvereine in der Provinz Posen beklagt. Diese Lage ist ungerechtfertigt; die Regierung sollte diesen Vereinen ihre Aufmerksamkeit in noch erhöhterem Maßstab zuwenden. Nach der Art und Weise, wie diese Vereine sich betätigen, muß man sie für solche halten, welche politische Tendenzen verfolgen, mögen sie auch angeblich nur polnische Volksbibliotheken oder Parochialbibliotheken gründen.

Abg. Kantat erwartet von der Loyalität des Ministers des Innern, daß er dahin wirken werde, den polnischen Fachvereinen dieselbe Behandlung angedeihen zu lassen, wie in anderen Provinzen. Die erwählten Vereine hätten keine politischen Tendenzen; zu politischen Zwecken könne man in Posen so gut wie überall in Vereinen zusammentreten, braucht also zu einer Bemantelung keineswegs Zuflucht zu nehmen. Die polnische Sprache und Literatur zu pflegen, dürfe aber den Polen nicht verjagt werden.

Zum Capitel 99 (Landgendarmarie) bemerkt Abg. Berger, daß namentlich in einzelnen Städten der westlichen Provinzen, welche einen voll-ständigen Polizeiapparat hätten, noch Gendarmestationen sich befänden. Die letzteren könnten entweder in die Polizei eingereiht oder nach Städten, wo ein Bedürfnis vorhanden, verlegt werden.

Abg. Richter (Hagen) will dem Hause nicht eine Serie von Wahl-lagitationen der Gendarmen vorführen, sondern verlangt vom Minister nur eine klare und deutliche Antwort, ob die Gendarmen, die active Militärs, also gar nicht wahlberechtigt seien, Wahlsittel und Wahlausrufe vertheilen dürfen.

Abg. Frenzel findet die Zweiterstellung der Gendarmen, die zwei-ten Herren dienen, dem Landrathe und ihrem Offizier, sehr mißlich; in Ost-preußen hat dies Verhältniß sonderbare Blüthen getrieben. Der Comman-deur der ersten Gendarmarie-Brigade hat ein Circular erlassen und darin den Amtsvorsetzern auseinandergesetzt, daß sie dem Gendarmen keinerlei Aufträge zu ertheilen hätten; er sei dem Amtsvorsetzer coordinirt (Heiterkeit), nicht subordinirt; der Amtsvorsetzer habe in hiesiger, nicht in der üblichen kategorischen Form den Gendarmen zu requiriren, dieser habe zu ermägen, ob er dem Folge leisten dürfe und könne. Das ist nun eine tolle Sache, ob der Gendarm geht weiter: wenn der Wahlvorstand ihm coordinirt ist, so glaubt er, derselbe sei ihm subordinirt, und so kommt es denn, daß ein Gendarm sich herausnimmt, den Amtsvorsetzer zu maßregeln, wie dies bei den letzten Wahlen gerichtlich infolge eines Protestes festgestellt ist. Uebri-gens kann ein Landrath v. Maslow den Gendarmen allein schon so ver-derben, wie jetzt der Landrath und Offizier zusammen.

Abg. Drescher constatirt das Bedürfnis, den Gendarmarie-Offizier-District Marienwerder in zwei Bezirke zu zerlegen.

Minister Graf zu Eulenburg erkennt dies Bedürfnis an, dessen Be-friedigung nur die Finanzlage verhindert habe. Die Organisation der Gen-darmarie habe bisher zu Ausstellungen keine Veranlassung gegeben; das Personal sei ein geeignetes und die militärische Organisation garantiere die Strafftheit der Disciplin. Was die vom Abg. Richter behaupteten Wahl-beeinflussungen angehe, so könne er sich nur auf seine frühere Erklärung in Bezug auf die Wahlbetheiligung der Beamten berufen.

Abg. von Meyer (Arnswalde): Das Socialistengesetz hat für Berlin und die sieben größeren Städte eine Vermehrung der Polizeiträfte zur Folge gehabt von circa Tausend Mann, für das platte Land und die kleinen Städte von nur 12 Gendarmen abgesehen. Unter wiederholten Aufsen: „zur Sache“, fährt er aus, daß die Socialdemokraten aus den 48er Demos-traten entstanden seien; diese guten Revolutionäre hätten alle historischen

Rechte besetzt; bei dem Eigenthumsrecht sieht sie stehen geblieben und hätten es nur in Bezug auf die Rittergutsbesitzer negiert, wie beim Jagdgesetz und bei den bäuerlichen Regulirungen. Die Socialdemokratie sei in dieser Beziehung etwas weiter gegangen, sei aber doch nur die Tochter der Demokratie.

Der Präsident vermag den Zusammenhang dieses Excurses mit dem Etat nicht zu begreifen, der Redner will ihn sofort nachweisen; er führt aus, daß auf dem platten Lande viele latente Socialdemokraten vorhanden sind, zu deren Bekämpfung eine Vermehrung der Gendarmen notwendig sei; die müßten dann allerdings den Amtsvorstehern subordinirt, nicht coordinirt sein.

Abg. v. d. Goltz: Der Brigade-Commandeur ist gar nicht berechtigt, den Amtsvorstehern Auseinandersetzungen über die Behandlung der Gendarmen zu machen. Uebrigens werde die Kompetenzfrage zweifelhaft. Wenn der Gendarm zu erwägen hat, ob er den Requisitionen des Amtsvorstehers Folge leisten dürfe, so wird er damit verantwortlich, während man ihn doch niemals zur Rechenschaft ziehen könne, sondern nur seinen Vorgesetzten. Die militärische Organisation billige er, nur die Stellung der Brigade-Commandeure halte er für keine angemessene, weil sie im Range von Hauptleuten stehend, von ihrem eigenen Vermögen mit leben müßten und wenig Aussicht auf Avancement hätten.

Abg. Richter (Hagen): Wenn Herr von Meyer die Agrargesetzgebung von 1848 als Vorfrucht der Socialdemokratie bezeichnet, so ist umgekehrt diese Gesetzgebung, welche dem kleinen Manne freies Eigenthum und die Freude am Besitz verschafft, geeignet, socialistische Bestrebungen auszuschließen. Die liberale wirtschaftliche Gesetzgebung datirt nicht von 1848, sondern von 1810. Es sind die Grundsätze von Stein und Hardenberg, welche damals Preußen aus Elend und Noth hervorbrachten. Freilich sind damals die Mitconservativen als „gute Revolutionäre“ aufgetreten und mußten ihre Führer wegen Aufreizung zum Widerstand nach Spandau gebracht werden. Wir bekämpfen gerade am wirksamsten die Socialdemokratie dadurch, daß wir das Volk auf Selbsthilfe verweisen und ihm in der Gesetzgebung die Wege frei machen, sich selbst zu helfen. Herr von Meyer meint, die „guten Revolutionäre“ hätten 1848 das historische Recht negirt; Jene aber waren doch nur kleine Revolutionäre im Gegensatz zu denjenigen, welche nachher in Deutschland die gute Revolution von oben gemacht haben. (Abgeordneter Windthorst-Meyen: Sehr richtig.) Die heutige Organisation der Gendarmen wird von allen Seiten und vom Ministerium des Innern selbst wie sich aus den Acten desselben ergeben wird, als eine verkehrte angesehen; nur wegen der Unsichtbarkeit der Anträge nimmt man von solchen Abstand. Allerdings kann ein Landrath wie von Massow die Gendarmen mehr verderben, wie ein anderer Landrath zusammen mit dem Districts-Offizier. Aber jene Ueberhebung der Gendarmen über Wahlvorsteher und Schulen wird durch solche Brigade-Befehle nur genährt. Wenn der Minister solche Brigade-Befehle für correct ansieht, wird er in Preußen bald keine anständigen Leute mehr finden, die Lust haben, als Amtsvorsteher ihre Polizeimaßnahmen den Ermäßigungen des Collegen Gendarm zu unterbreiten. Statt allgemeiner diplomatischer Erklärungen müssen wir von dem Minister des Innern bestimmte Antwort erwarten, ob er es für zulässig hält, daß die Gendarmen, die selbst gar nicht wahlberechtigt sind, sich irgendwie durch Vertheilung von Zetteln oder Wahlausrufen an der Wahlagitacion betheiligen.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Redner verlangt eine Antwort auf die Frage, wie ich der Vertheilung von Wahlzetteln und Wahlausrufen gegenüberstehe. Ich habe jede Art von amtlicher Wahlbeeinflussung mißbilligt und glaube, daß damit auch diese Frage beantwortet ist. Was den Erlaß des Commandeurs der ersten Gendarmen-Brigade an die Amtsvorsteher angeht, so habe ich, sobald ich davon Kenntniß erhalten, darüber Bericht gefordert, um nach Prüfung des Sachverhältnisses meine Entscheidung zu treffen. Ich denke, das wird genügen.

Besonders bemerkt Abg. v. Meyer (Arnswalde), man werfe den conservativen Rednern immer vor, daß ihre Reden socialistisch seien oder in den Jockeyclub gehörten; jetzt sei schon mehrmals das Socialistische betont, man sollte doch einmal wieder den Jockeyclub vorbringen. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen): Nicht den Reden ist der Vorwurf des Socialistischen gemacht worden, sondern der Methode, den Gesetzen alles Unheil zuzuschreiben.

Das Capitel wird genehmigt. Bei Kap. 101 (Strafanstalts-Verwaltung) fragt Berger, ob die Regierung auf die Forderungen, welche der deutsche Handelsstag in Folge der von ihm veranstalteten Enquete über die Schädigungen, welche durch die Gefangenearbeit verschiedenen Privat-Industriezweigen zugefügt werden, gestellt habe, einzugehen beabsichtige.

Geb. Rath Kling erwidert, die Regierung sei einverstanden mit folgenden Sätzen der Enquete-Commission, daß eine productive Beschäftigung der Gefangenen notwendig sei, daß aber dieselbe nicht in fiskalischem Interesse ausgebeutet werden dürfe und daß eine möglichst Vielgestaltigkeit des Betriebes erstrebt werden müsse. Die Regierung könne aber nicht unbedingt auf die geforderte Einstellung der jetzigen Art der Verbindung eingehen, da in diesem Falle eine große Menge Gefangener plötzlich arbeitslos würden. Sie könne auch nicht zugestehen, daß z. B. die 652 gefangenen Eisenarbeiter der unüberhältnismäßig größeren Anzahl der freien Arbeiter in dieser Branche irgendwie erhebliche Concurrenz machten. Die Regierung werde das thatsächliche Material der Enquete, zu dessen Beschaffung sie bereitwillig ihre Hand geboten habe, sorgfältig prüfen und danach ihre Maßnahmen treffen. Sie hege den innigsten Wunsch, die Frage der Gefängnisarbeit endgiltig zu regeln.

Das Capitel wird bewilligt. Bei Capitel 102 (Wohltätigkeitszwecke) tabelt v. Heeremann, daß die Kriegervereine entgegen den Intentionen des Kaisers vielfach einseitige Parteipolitik selbst unter Mißbrauch des Namens des Monarchen treiben. Dadurch würden politische und religiöse Gegensätze zum großen Schaden des Landes in die Arme getragen.

Capitel 102 und 103 werden bewilligt. Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern beendet.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Petitionen; allgemeine Rechnungen pro 1875; Gesetz, betr. die Ressort-Veränderungen.)

Herrenhaus. 4. Sitzung vom 17. December. 12 Uhr. Am Ministerische: Leonhardt, Ministerial-Director Rindfleisch und mehrere Commissarien.

Neu eingetreten in das Haus sind Herr von Taczanowski, Majoratsbesitzer auf Taczanow bei Pleschen und Abdocatanwalt Adams, Gebeordneter in Coblenz.

Der Präsident theilt mit, daß das Präsidium in einer Audienz bei Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen dem Auftrage des Hauses gemäß die Gefühle der Theilnahme über die Gefahr, in welcher Sr. Majestät der Kaiser geschwebt und die Gefühle der Freude über Allerhöchstdessen glückliche Errettung zum Ausdruck gebracht habe. Der Kronprinz habe dieselben huldvollst entgegengenommen und versprochen, dieselben zur Kenntniß Sr. kaiserlichen Majestät zu bringen. Ferner bringt er zur Kenntniß des Hauses, daß er zugleich mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Sr. Majestät bei dessen Antritt auf dem Bahnhof empfangen worden sei. Er erbittet und erhält sodann vom Hause die Ermächtigung, daß das Gesammt-Präsidium im Namen des Hauses Sr. Majestät die Glückwünsche desselben zu dessen Wiederherstellung und Uebernahme der Regierungsgeschäfte in geeigneter Form ausdrücken soll.

An neuen Vorlagen sind eingegangen: Gesekentwurf, betr. die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst; betr. die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Mai 1873 über das Grundbuchwesen im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein und des Gesetzes vom 23. März 1873 über das Grundbuchwesen im Jagdgebiete; betr. die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Mai 1873 über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Schiffen in der Provinz Schleswig-Holstein; betr. die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Mai 1876 über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover mit Ausschluß des Jagdgebietes; betr. die Conflictte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen; betr. die richterlichen Mitglieder der Grundbesitzerschätzungs-Commission; betr. die Rheinischfabrikgerichte; betr. die Kompetenzconflicte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden; betr. die Rechtsverhältnisse der Studierenden und eine Uebersicht über die Entschließungen der Staatsregierung zu den vom Herrenhause in der vorigen Session gefassten Beschlüssen und Resolutionen.

Auf den Antrag der Justizcommission, in deren Namen Dr. Henrici referirt, genehmigt das Haus den Gesekentwurf, betr. die Verpfändung von Kaufahrtschiffen in der Provinz Hannover.

In zweiter Abstimmung wird ohne Debatte der Gesekentwurf, betr. eine Zusatzbestimmung zu den Artikeln 86 und 87 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 angenommen.

Es folgt die einmalige Schlussberatung über den Gesek-Entwurf wegen Abänderung des Gesetzes, betr. die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und Bildung einer Staatsschulden-Commission vom 24. Februar 1850.

Referent Schumann: Die §§ 88 und 89 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 bestimmen, daß der Director und die Mitglieder der Hauptverwaltung der Staatsschulden vor Antritt ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Obertribunals vereidigt werden und daß der Präsident der Ober-Rechnungskammer als Mitglied der Staatsschulden-Commission in öffentlicher Sitzung des Obertribunals unter Hinweis auf seinen Amtseid auf die Erfüllung seiner besonderen Obliegenheiten verpflichtet wird. Da das Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz die Aufhebung des Obertribunals anordnet, so muß vom Tage der Geltung dieses Gesetzes an die gedachte Function des Obertribunals auf eine andere Behörde übertragen werden, wozu sich das Oberverwaltungsgericht am meisten empfiehlt. Ich beantrage unverändert Annahme der Vorlage.

Der Antrag des Referenten wird angenommen. In einmaliger Schlussberatung werden sodann ohne Debatte auf den Antrag der resp. Referenten Graf v. Zieten-Schwerin, Schumann und Bitter angenommen die Gesekentwürfe, betreffend die Ablösung der durch den Staatsvertrag vom 9. April 1876 auf den preussischen Fiskus übergegangenen Gefälle. betreffend die Auseinandersetzungs-Verfahren im Kreise Herzogthum Lauenburg und betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1878/79.

Schluß 1 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Gerichtshof für Competenz-Conflicte; höherer Verwaltungsdienst.)

Berlin, 17. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Militär-Intendanten des II. Armee-Corps, Wirklichen Geh. Kriegsrath Riedel, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; sowie dem Schullehrer und Cantor Dreffel zu Harsleben im Kreise Halberstadt und dem Schullehrer und Küster Mehl zu Groß-Salze im Kreise Calbe den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Der Oberförster Göbelz zu Aue (Oberförsterei Wannfried) ist auf die durch den Tod des Oberförsters von Wedde erledigte Oberförsterstelle Langenfelde zu Gelnhausen im Regierungsbezirk Cassel veretzt worden. — Der Thierarzt, Professor Dr. Carl Philipp Leonhardt zu Frankfurt a. M. ist zum commissarischen Kreis-Thierarzt des Stadtkreises Frankfurt a. M. ernannt worden.

Berlin, 17. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute in Gegenwart des commandirenden Generals des Garde-Corps, Prinzen August von Württemberg, königliche Hoheit, des Gouverneurs, General-Adjutanten, Generals der Infanterie v. Boyen und des Commandanten, Generalmajors Grafen v. Wartenleben militärische Meldungen entgegen und arbeiteten später mit dem Chef des Militär-Cabinetts, General-Adjutanten v. Albedyll.

Gestern Abend verabschiedete sich Se. königliche Hoheit der Herzog von Connaught bei den kaiserlichen Majestäten vor seiner Abreise nach London.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] hat Allerhöchstherrn, Schloßhauptmann Grafen Matschka nach Darmstadt zur Beisehung entsendet. Ihre Majestät besuchte heute die fünfte Volksküche.

Von Seiten Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin sind der persönlichen Adjutant Major von Panwitz und der Kammerherr Graf von Seckendorff zu den Beisehungs-Feierlichkeiten nach Darmstadt entsendet worden. (R.-Anz.)

Berlin, 17. Dec. [Dementi und Richtigstellung. — Tabak- und Leinen-Enquete.] Officiös wird geschrieben: Eine Berliner Correspondenz der „Wes.-Ztg.“ vom 14. December beschäftigt sich mit dem Gerücht, daß die Reichsregierung gelegentlich der Revision des Zolltarifs auch die Einführung von Vieh- und Getreidezölle ins Auge gefaßt habe. Dabei führt der Correspondent eine angebliche Aeußerung des Staatsministers Hofmann vom vorigen Frühjahr an, welche derselbe bei Gelegenheit der Handelsconvention mit Rumänien gethan haben soll. Dieses Citat wird dadurch nicht richtiger, daß der Correspondent sich auf die „Kreuzzeitung“ beruft. In der Reichstags-Sitzung vom 14. Mai d. J. ist allerdings die citirte Aeußerung gefallen: „ich bin überzeugt, daß keine deutsche Regierung und kein deutscher Reichstag sich finden wird, die ersthaft daran dächten, Getreide-Zölle zu beschließen.“ Der Unterschied ist nur der, daß diese Aeußerung, wie der stenographische Bericht der erwähnten Sitzung ergibt, nicht aus dem Munde des Ministers Hofmann kam, sondern aus dem des Abgeordneten Bamberger! Nicht minder unglücklich ist die „Wes.-Zeitung“ mit einem Telegramm aus Berlin vom 16., welches besagt, der so eben abgeschlossene Handelsvertrag mit Oesterreich trete dem Vernehmen nach am 1. April 1879 außer Kraft, wenn derselbe bis dahin die Genehmigung des Reichstages nicht erhalten habe. Nun weiß Jedermann, daß nach Artikel 11 der Reichsverfassung ein Vertrag, wie der jetzt abgeschlossene, der Zustimmung des Reichstags zum Abschluß, und zur Ausführung der Genehmigung des Reichstags bedarf. Es versteht sich also ganz von selbst, daß dem Reichstag der Vertrag zur Genehmigung vorgelegt wird; jenes Telegramm aber sagt nach seinem Wortlaut, es sei in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen, wonach derselbe erlösche, wenn der Reichstag nicht bis zum 1. April seine Genehmigung ausgesprochen habe. Es kann von dergleichen nicht die Rede sein. — Von den beiden Enquete-Commissionen, deren Arbeiten z. Z. noch im Gange sind, hat diejenige für die Tabak-Enquete ihre Aufgabe im Wesentlichen erledigt; dagegen wird die Commission für die Leinen-Enquete wahrscheinlich noch den Monat Januar nöthig haben, um zum Abschluß zu kommen.

Berlin, 17. Decbr. [Die Steuerprojecte und das Unterrichts-gesetz.] Die augenblicklich in Friedrichsruh stattfindenden Conferenzen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Finanzminister Hohrecht erregen im Abgeordnetenhaus gerechtfertigtes Interesse. Aus Aeußerungen des Finanzministers gegenüber befreundeten Abgeordneten glaubt man, daß er die Initiative zu dieser Zusammenkunft mit dem Reichskanzler ergriffen habe, weil er eine Klarstellung seines Verhältnisses zur Majorität des Abgeordnetenhauses herbeizuführen wünscht, ehe die Budget-Commission, vor welcher er zu erscheinen Willens ist, über die Deckung des Deficits, und was damit in Verbindung steht, Beschlüsse faßt. Gewiß ist, daß der Finanzminister vom gesammten Staatsministerium in seinem Bestreben unterstützt wird, über die finanziellen und wirtschaftlichen Ziele des Reichskanzlers das letzte Wort zu erfahren. Einen Beweis davon gab nicht nur die heutige Antwort des Cultusministers auf die Interpellation des Abg. Dr. Paur über die Emeritengehälter der Clementarlehrer etc., sondern auch die Beschlüsse der Tabak-enquete-Commission, um von der letzten zuerst zu sprechen, mag es immerhin die finanziellen Pläne des Reichskanzlers fördern, daß die betreffende Commission gestern das Tabakmonopol (wie der Telegraph bereits gemeldet) mit 8 gegen 3 Stimmen ablehnte. Ohne Zweifel berücksichtigte die Commission außer allen technischen und den Tabakbau betreffenden Fragen auch die Dispositionen des gegenwärtigen Reichstages, in welchem kaum eine Majorität für das Monopol zu haben wäre. Aus ähnlichen Gründen wurde auch das System der amerikanischen Fabriksteuer verworfen, während sich die überwiegende Majorität der Commission für die Einführung der Gewichtssteuer aussprach. Sollte der Ertrag dieser Steuer in der That nur auf 60 bis 70 Mill. Mark veranschlagt werden, so würden sich diejenigen allerdings getäuscht finden, welche mit dem Tabakmonopol die Particularstaaten von den Matricularumlagen zu entlasten hofften. Was die heutige Antwort des

Cultusministers betrifft, so concentrirt sie sich in dem ungefähren Satze, daß der Wunsch der Regierung nach einer Finanzreform wesentlich dadurch motivirt sei, daß sie selber ein Unterrichts-gesetz für sehr notwendig erachte, es aber für überflüssig halte, ein solches vorzulegen, so lange die zu seiner Durchführung erforderlichen sehr bedeutenden Summen nicht vorhanden seien. Die beiden conferirenden Staatsmänner in Friedrichsruh werden die Auslassungen des Cultusministers kaum veranlaßt haben und es war eine hohle Bemerkung des Abg. Dr. Windthorst (Meppen), als er dem Cultusminister den Vorwurf machte, daß seine Beantwortung der Interpellation eine Rede zu Gunsten des Tabakmonopols sei. Nichtsdestoweniger zog sich wie ein rother Faden durch die Rede Dr. Falk's die Idee, daß die Vorlage des Unterrichts-gesetzes lediglich durch eine günstigere Finanzlage des Staates bedingt sei. Eine scharfe Erörterung der Frage wird nach Weihnächten jedenfalls nicht ausbleiben.

Berlin, 17. Dec. [Das Comité zur Errichtung eines Obelisken am Potsdamer Thor] zur Erinnerung an die Genesung und Heimkehr Sr. Majestät des Kaisers hat folgenden Aufruf erlassen:

Se. Majestät der Kaiser und König ist am 5. December in die Hauptstadt heimgekehrt. Nach langen Monaten voll Trauer und Bekümmerniß, voll Sorge um Leben und Gesundheit des geliebten und verehrten Monarchen, hat Ihm zum ersten Male wieder Sein Volk in Freude und voll Dank gegen Gott entgegenjubeln dürfen. Den Tag, da Er mit der Wiederaufnahme der schweren und opfervollen Regierungsthätigkeit dem Reiche und Seinem Lande zum zweiten Male geschenkt worden, diesen Tag durch ein bleibendes Erinnerungszeichen im Gedächtniß auch den kommenden Geschlechtern zu erhalten, ist ein Gebante, der, einmal ausgesprochen, in weitesten Kreisen Nachhall und Zustimmung gefunden hat.

Beim Eintritt in die Hauptstadt begrüßte ein Obelisk am Potsdamer Thor im Kreuzungspunkte wichtiger Hauptstraßen aufgestellt, den heimkehrenden Monarchen. Für die Feier des Einzuges von den Architekten Kallmann und Heyden entworfen und in wenigen Tagen ausgerichtet, machte er durch seine schönen Verhältnisse, durch die geschickte Wahl der Stellung, durch die glückliche Verbindung mit laufenden Brunnen eine Wirkung, welche allgemein den Wunsch hervorrief, diesen Obelisken in dauerndem Material, in künstlerischer Vollendung als ein Monument jenes denkwürdigen Tages und zu bleibender Fierde der Hauptstadt ausgeführt zu sehen.

Die Unterzeichneten sind zusammengetreten, um sich der Verwirklichung dieses Planes zu widmen.

Von Sr. Majestät dem Kaiser und König ist dem Unternehmen in Aller-gnädigster Weise die Genehmigung erteilt worden; auch bei Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit dem Kronprinzen hat es die lebhafteste Theilnahme gefunden.

Eine vorläufige Ermittlung berechtigt zu der Annahme, daß die Summe von 300,000 M. genügen werde, um das Werk in Granit und Bronze herzustellen. Die Ausführung kann rasch erfolgen, sobald die Mittel zur Dedung der Kosten gesichert sind; es ist in hohem Grade wünschenswerth, mit Ablauf des Winters Hand ans Werk legen zu können.

An Alle, welche dem Gedanken an Errichtung eines monumentalen Obelisken auf dem Potsdamer Platz in Berlin zur Erinnerung an die Wiedergenesung und Heimkehr unseres Kaisers zustimmen, vor Allem an unsere Mitbürger richten wir die Bitte, zur Beschaffung der Mittel die Hand zu bieten. Wir hegen dabei die Zuversicht, daß die opferwillige Theilnahme aller Kreise unserer Stadt, welche den Einzugs-tag zu einem unvergesslichen Fest- und Freudentage gemacht hat, auch diesem Werke nicht fehlen werde. Beiträge, auch die geringsten, ist der Schatzmeister des Comité's und jeder der Unterzeichneten entgegen zu nehmen bereit.

Berlin, am 16. December 1878. Das Comité.

[Verbote auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21. October 1878.] Der Arbeiter-Bildungsverein zu Großenhain. Die socialistische Arbeiterpartei zu Großenhain. Die Gewerkschaft der Manufactur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts zu Großenhain.

[Marine.] S. M. Glattecks-Corvette „Nymph“, 9 Geschütze, Commandant Corb.-Capitän Sattig, ist am 19. November c. von Bahia nach Barbadoes in See gegangen.

Osmanisches Reich.

P. C. Konstantinopel, 10. Decbr. [Das neueste Complot in Konstantinopel.] Das jüngst entdeckte Complot gegen den Sultan ist das in Stambul ausschließlich besprochene Tagesereigniß. Wohl schüttele Viele über die geheimnißvolle Conspiration den Kopf und halten nicht mit der Ansicht zurück, daß dasselbe vielleicht nur in der Einbildung des Justizministers Said und in den officiellen Rapporten seines Collegen, des Polizei-Präfecten Sasset Pascha, erstirte. Die neuen Räte des Sultans wissen, daß es das beste Mittel ist, wenn man das Vertrauen Abdul Hamid's gewinnen und dauernden Einfluß auf ihn üben will, ihm großen Schrecken vor einer eingebildeten Gefahr einzusprengen und ihm dann vorzuspiegeln, daß man ihn aus dieser Noth errette habe. Von Said Pascha weiß man, daß er wiederholt zu „imaginären Comploten“ Zuzug nahm, um ihm mißliebige Minister zu stürzen. Er wußte auf diese Art Mehmed Ruchdi in Unnade zu bringen, als dieser Großvezier ihm, dem damaligen einfachen Secretär des Sultans, den verlangten Posten im Cabinet verweigerte. Als Ali Suavi sein todes Abenteuer im Palaste von Tcheragan unternahm, war es Said, der den Sultan glauben zu machen wußte, daß der Großvezier Sadyk Pascha der Verschwörung nicht ganz fern stehe. Warum also sollte man es nun nicht mit einer Wiederholung dieses Spieles zu thun haben? Die Hauptrolle in dem so viel Staub aufwirbelnden Complot soll einem als Amerikaner naturalisirten Ungarn zukommen, den die Einen Meyer, Andere Maurer und Nowyer nennen. Als man denselben am letzten Montag in der Wohnung des ihn als einen alten Freund beherbergenden Server Pascha verhaftete, fand man bei ihm Revolver und andere Waffen, welche er als Muster declarirte, die er der Regierung vorlegen wollte. Die Polizei schenkte dieser Angabe keinen Glauben und weigerte sich auch, den Inhaftirten der amerikanischen Gesandtschaft auszuliefern. Der Unions-Gesandte, Maynard, reclamirte energisch auf Grund der Capitulationen und suchte in Washington um Weisungen nach, die ihm zweifelsohne einschärfen werden, den Rechten eines amerikanischen Bürgers Achtung zu verschaffen. Er soll sich geäußert haben, daß seine Regierung nicht zögern werde, wenn nöthig, die Einfahrt in die Darbanellen zu erzwingen, „um die Pforte an die Achtung vor Verträgen zu mahnen.“ — Was diesen Ungar-Amerikaner compromittirt hat, ist die Thatsache, daß er bereits in andere Verschwörungen und Abenteuer verwickelt war, die ihm in der Türkei einen gewissen Namen gemacht haben. So versuchte er im Jahre 1868 in Gemeinschaft mit einem anderen Amerikaner, Namens Worlb, und dem famos, allgemein für einen natürlichen Sohn Palmerston's geltenden O'Reilly, in Syrien einen Aufstand anzuzetteln, in der Absicht, diese Provinz für den Vicekönig von Egypten zu gewinnen. Die Mittel fanden aber in solchem Mißverhältniß zu dem großartigen Ziele, daß die Erhebung rasch unterdrückt wurde. Die drei Verschwörer brachte man nach Stambul, wo man sie einige Monate gefangen hielt und dann begnadigte. — Die angebliche Verschwörung gestattet den neuen Nachhabern, ihr Mithing zu fühlen, indem sie bei mehreren hervorragenden Persönlichkeiten, die sie als ihre Feinde betrachten, unter dem Vorgeben, daß dieselben der Theilnehmerschaft an dem Complot verdächtig seien, Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Der geachtete Gr.-Großvezier Sasset Pascha, der Gr.-Kriegsminister Mustapha Pashas, der letzte Polizeipräsident Mehmed Pascha wurden von dieser Maßregel betroffen, Server Pascha's gar nicht zu gedenken, der noch vor Kurzem das Ministerium des Innern verwaltete. Gestern

berläutete gerüchtweise, daß mehrere dieser hohen Persönlichkeiten, ohne Rücksicht auf ihre Verdienste und die öffentliche Werthschätzung, welche sie genießen, exilirt werden sollen. Der kaiserliche Musikdirector Redjib Pascha scheint, wiewohl er früher zu den Freunden Said's zählte, gleichfalls compromittirt zu sein; er wird in seiner Wohnung überwacht. — Ein gegen den Sultan gerichtetes Complot kann sichtlich nur den einen Zweck haben, ihn zu stürzen und durch Murad, den Befehlshaber von Tseragan, oder durch seinen jüngeren Bruder Rechad Essendi zu ersetzen. Man hat denn auch Ersteren und den jungen Prinzen in das Complot hineingezogen und die um ihre Residenzen aufgestellten Posten verdoppelt. In Stambul endlich fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Polizei-Patrouillen durchziehen Tag und Nacht die Straßen und alle Straßenlaternen von Pera, die ersparungs- halber seit längerem nicht mehr angezündet wurden, strahlen plötzlich wieder ihr Licht aus, um, wie man sagt, der Polizei ihre Arbeit und Ueberwachung nachsichtigerweise zu erleichtern. Der Sultan hat alles, was man ihm über dieses „schreckliche Complot“ berichtet hat, sehr ernst genommen und seine Furcht soll dermaßen gestiegen sein, daß man Grund hat, für seinen Geisteszustand Besorgnisse zu hegen. Das Kurban-Bairam-Fest nöthigte ihn, sich nach der Moschee zu begeben, um dort das öffentliche Gebet zu verrichten. Man hatte aber, um seine Angst vor einem Attentat zu beschwichtigen, vorher durch das Gerücht, der Sultan werde seine Andacht in der Moschee von Fondukli verrichten, den Menschenstrom nach dieser Seite abgelenkt, während sich der Sultan mit einer kleinen Escorte ohne jedes Aufsehen nach der zunächst gelegenen fast unbefuchten Moschee von Dolma-Bagdissi begab und alsdann wieder eiligst in's Palais zurückkehrte. Eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Abdul Hamid's sagte vorgestern zu einem Diplomaten: „Es ist absolut nothwendig, daß dieser Zustand ein Ende nehme, daß Murad sterbe oder nach irgend einer entlegenen Insel geschickt werde und Abdul Hamid nichts mehr von ihm zu fürchten habe. Jetzt bringt er seine Zeit damit zu, Vorsichtsmaßregeln gegen Murad zu treffen, und dauert dies sofort, so wird er gewiß noch seinen Verlust verlieren.“ Die besprochenen Ereignisse haben den Sultan bestimmt, den Kriegsmminister Osman Pascha auch in der Stellung als Palastmarschall und Garde-Commandant zu belassen. Der Vertheidiger von Plewna ist der Einzige, der es vermag, dem zitternden Monarchen einige Beruhigung einzubringen. „Seitdem Du mein Hater bist“, sagte der Sultan unlängst zu Osman, „kann ich ruhig schlafen; ich will nicht, daß Du mich verlässest.“

Provinzial-Beitung.

G. B. Breslau, 17. Decbr. [Schlesischer Provinzial-Verband der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.] Die letzte Vorstandssitzung eröffnete Herr Rector Dr. Carlstädt mit Mittheilungen über die Thätigkeit des Vorstandes der Provinzialvereine des Bergschulvereins Herrn Grundmann. Nach Berichten von Localblättern finden die Vorträge dieses Herrn, wie schon in früheren Jahren, aufmerkssame Theilnahme. — Herr Apotheker Müller, welcher eine ganze Anzahl von Broschüren zur Prüfung übernommen hatte, empfahl für die Verwendung an die Mitglieder: Pflanzenfrucht und Pflanzenlaemae von Dr. Eduard Sidam (Verlag von Priebe & Co., Breslau). Diese Schrift kommt nach Beschluß des Vorstandes gleichzeitig mit dem Buche von Kurt Lawitz „Natur und Mensch“ noch vor dem Feste in die Hände der Mitglieder. — Hieran berichtete Herr Dr. Carlstädt nach schriftlicher und mündlicher Information über die energische Thätigkeit des Herrn Bürgermeisters Hobertag in NeuMarkt für Volksbildung und die stückliche Hebung des Standes der Lehrlinge. Herr Bürgermeister Hobertag hat eine obligatorische Fortbildungsschule ins Leben gerufen und die thätige Mitwirkung der Handwerksmeister gewonnen, so daß die Censuren über Betragen und Fortschritte nicht bloß von den Lehrern der Fortbildungsschule, sondern auch von den Meistern erteilt werden, gewiß ein vorzügliches Mittel, das solche Handwerker zu fügen. — Hieran schloffen sich Verhandlungen über Neugründung von Vereinen. — Herr S. Murgan theilte mit, daß die Einnahmen des Verbandes 2616 Mark 50 Pf. gegen 1900 Mark im Voranschläge betragen.

[Höchste Privilegien] wegen Ausgabe auf jeden Inhaber Ländlicher Papiere sind erteilt worden: unterm 15. November 1878 der Stadt Liegnitz zur Ausübung von außerordentlichen Bauten 600,000 M. mit 4 1/2 Procent verzinslichen Obligationen der Stadt Liegnitz. Dem Kreis Breslau ist unterm 11. November 1878 rüchlich diejenige Grundstücke, welche zum Bau einer Chaussee von Gnischow an der Breslau-Schweidnitzer Provinzial-Chaussee über Birwitz bis zur Einmündung in die Breslau-Kämpfischer Provinzial-Chaussee erforderlich sind, das Enteignungsrecht verliehen worden.

H. Gaiman, 16. Decbr. [Tageschronik.] An 23 hilfsbedürftige, nicht penfionsberechtignte Kreis-Veteranen aus den Jahren 1813—15 ist eine Weihnachts-Festgabe von je 6 Mark aus der Kreis-Commissariatsklasse durch den Landrath bewilligt worden. — Der in der Nacht vom 20. bis 21. Novbr. c. beraubte, durch Peilhebe und Messerliche schwer verletzte bejahrte Rittergutsbesitzer Müller in Töppendorf dieserseitigen Kreises hat auf die Entdeckung des Räubers, der nur eine mit der Verlichkeit und den Verhältnissen wohl bekannte Persönlichkeit sein kann, eine Belohnung von 100 Mark zugesichert. Ebenso Kalkofenbesitzer Jäsch an demselben Orte, der vor ca. 14 Tagen durch böswillige Brandstiftung große Verluste erlitten hat. — Der Winter hat nunmehr seit voriger Woche seinen Gesung gehalten. Am Sonnabend früh zeigte der Thermometer 8 Grad Kälte, die sich Abends nach 10 Uhr bis —10° steigerte, worauf nach Mitternacht linderes Wetter eintrat. Gestern und heute bei klarem Himmel und prächtigem Sonnenschein gegen Mittag nur —1 Grad. Die Saaten sind leidlich mit Schnee bedeckt, zu Schlittenfahrten aber bedarf es weitern bedeutenderen Schneefalls. Dagegen kann sich Jung und Alt bereit auf dem „Schlosteich“ tummeln. Bezüglich des Freihaltens der Bürgersteige u. von Schnee und Eis und der dadurch entstandenen Unbequemlichkeiten und betrefis ihrer Verstreung mit Sand oder anderem abtumpfenden Material, möge erwähnt sein, daß die bei weitem größte Anzahl unserer Hausbesitzer noch immer mindestens eine gemeingefährliche Antennensich auch hier bestehender polizeilicher Verordnungen zur Schau trägt, wodurch Gesundheit und Leben bedroht wird. Derselbe Uebelstand um die am Trottoir aufgestellten Wasser-Drucker, welche Unzuträglichkeiten durch das Tragen gefüllter Wasserfassen auf den Bürgersteigen und das ungestörte sogenannte Schlittern der lieben Jugend auf jenen und andern Fußwegen erheblich vermehrt werden und Abhilfe dringend nötig erscheint. Als gestern Morgen in einer hiesigen Familie für ein gemüthliches Schweinschlachten alle Vorbereitungen getroffen waren, das Wasser hoch und der Schlächter seine Thätigkeit beginnen wollte, fand sich zu allgemeinem Schrecken im Stalle kein Schwein vor. Aus Scherz oder Bosheit war während der Nacht von einem Unberufenen die Stallthür geöffnet worden und der demzufolge entwichene borstige Todescandidat auf seinem letzten Gange in die Stadt im Dunkel der Nacht aber am Garnisonstall festgehalten worden, so daß nach einigen Viertelstunden banger Harrens das unterbrochene Familienfest seinen nunmehr ungestörten Verlauf nehmen konnte.

L. Liegnitz, 15. Decbr. [Betrachtungen.] Wer an einem der jehigen schönen Winterabende eine Weinachtswanderung, nicht durch den Inzeratenthail der Liegnitzer Localblätter, sondern durch die Straßen der Stadt macht, möchte bezweifeln, ob er sich in einer Provinzialstadt befindet. Es dürfte wohl kaum eine andere Stadt gleicher Größe eine solche Menge von großen, eleganten und prachtvoll ausgestatteten Geschäftslocalen aufzuweisen haben. Es ist auf diese in den letzten Jahren ein fruchtbarer Luxus verwendet worden und sie gewahren Abends bei der brillanten Beleuchtung, mit der sie nach innen und außen versehen sind, einen herrlichen Anblick. Dichtgedrängte Massen schaulustiger Umlagerer die eleganten großen Schaufenster, so daß die Passage auf den Trottoirs zeitweise völlig gehemmt wird. Ob diese opulenten Ausstattungen ein Ausdruck des Sprüchens „meine Mittel erlauben mir das“ oder dafür Zeichen sind, daß die Geschäftsleute besondere Anstrengungen anwenden müssen, um die Käufer anzuloden — ein Blick in das Innere läßt oft das letztere vermuthen. Mit derselben Eleganz, mit welcher die Verkaufsstätten im Mittelpunkte der Stadt hergerichtet sind, sind fast sämmtliche neue Wohngebäude in den äußeren Stadttheilen ausgestattet. Auch in dieser Beziehung dürfte Liegnitz nicht wiederzuer-

kennen sein. Nach allen vier Welttheilen hat es seine Polypenarme ausgestreckt und umfaßt, was nur zu erreichen war. So sind in wenigen Jahren vier selbstständige Gemeinden in uns aufgegangen, allerdings nicht zu deren Nachtheil. Die früheren einlässigen Landschulen sind zu 6klassigen Volksschulen, wohlaustrüstet mit allen Lehrmitteln, umgewandelt worden, statt des düsteren Dellämpfens, welches früher die Gefahr des Verfinnkens in den bodenlosen Wegen nicht erkennen ließ, erleuchtet jetzt das gut hergerichteten Straßen; Canalisation und Wasserleitung durchzieht die früheren Vorjauen. Und noch ist Vieles zu thun übrig. Die annectirten Bezirke bedürfen sämmtlich neuer Schulgebäude, ferner liegt den städtischen Behörden von den Bewohnern der früheren Caribagemeinde eine Petition vor, um Erbauung einer zweiten massiven Brücke über die Ragnbach zur Herstellung einer Verbindung jenes Stadttheils mit der inneren Stadt, an Stelle des jegigen Lauf- (sogenannten Juden-) Steges. Das Bedürfnis ist nicht abzuleugnen und dessen Abhilfe nur eine Frage der Zeit. Die Mus-Riegnitzer sind in ihren Ansprüchen nicht allzu bescheiden. Und wahrlich, die Commune thut das Mögliche, um alle Ansprüche nach Kräften zu befriedigen. Was hat Liegnitz nur in den letzten 10 Jahren geschaffen! Ein musterträchtiges Krankenhaus, ein monumentales Gymnasialgebäude, einen Schlachthof, der schon vielen Communen zum Vorbilde gedient hat, und im letzten Jahre Canalisation und Wasserleitung, Bauten, welche mehr als 2 Millionen Mark gekostet haben. In diesen Zeitraum fällt belanntlich auch der Fortfall der Einkünfte aus der Mahl- und Schlachtsteuer. Trotzdem ist die Erhöhung der Communalsteuer eine höchst mäßige gewesen. Sie beschränkte sich im letzten Decennium darauf, daß vor zwei Jahren der Durchschnittssatz von 2 pct. Einkommensteuer in einen progressiven von 2 bis 3 pct. umgewandelt worden ist. Es ist dies sowohl ein Zeichen von Wachsen der Steuerfähigkeit der Bewohner, wie aber auch von weiser Sparsamkeit, mit welcher unsere Vertreter wirtschaften. Diese Anerkennung wird ihnen jeder einsichtsvolle Bürger zollen.

N. Landek, 15. Dec. [Musikalische Aufführung.] Heute wurde im Saale zum blauen Hirsch das Oratorium „Die Sieben Schläfer“ von hiesigen Dilettanten unter Leitung des Herrn Präfecten Vater Urban aufgeführt. — Das ziemlich zahlreich versammelte Publikum läuschte mit gespannter Aufmerksamkeit die einzelnen Scenen, welche durchweg gut executirt wurden. — Die Aufgabe, die sich Herr Präfect Urban gestellt — war ebenso wie in den Vorjahren keine kleine, dazu kam die nothwendig gewordene Einübung fast durchweg neuer Kräfte für Sopran und Alt — und ist es eben nur der aufopfernden angestrengten Wühewaltung des Herrn Dirigenten zu verdanken, daß ein solches Ensemble erzielt worden ist. — Die Chöre wurden sämmtlich exact durchgeführt und die Solis hatten vortheilhafte Leistungen gefunden. Der Dank, welchen das Auditorium am Schluß der Ausführung in reichlichem Maße schenkte, möge den Veranstalter dieses schönen Genusses für alle gehaltenen Mühen wenigstens in etwas entschädigen.

Gabelschwert, 16. Dec. [Revision. — Unterstützung. — Gemeinnützige Stiftungen.] In diesen Tagen hat eine Revision sämmtlicher Klassen der hiesigen katholischen Schule von Seiten des Herrn Kreis-Schulinspektor's Jeron stattgefunden. Das Ergebnis derselben soll ein recht befriedigendes gewesen sein. — Die städtischen Behörden haben auch in diesem Jahre zur Unterstützung resp. Verschaffung von Schulen für arme Schulkinder die Summe von 99 Mark bewilligt, wovon dem Vorstande der katholischen Schule 90 Mark, dem der evangelischen Schule 9 M. überwiesen worden sind. — Der hiesige Magistrat verwaltet schon seit einer Reihe von Jahren zwei Legate, deren Zinsen zur Unterstützung für hiesige arme Dienstmädchen und Lehrlinge bestimmt sind. Die Zinsen von dem Legate der Pfefferfächerler und Wachszieher Amand Wincker'schen Eheleute hieselbst in Höhe von 3000 Mark werden zu Johanni jeden Jahres an zwei arme Lehrlinge im Betrage von je 3750 M. und zu Weihnachten an zwei arme Dienstmädchen in Beträgen von gleicher Höhe ausgezahlt. Die Zinsen des zweiten Legats, ausgelegt von dem hiesigen Klempnermeister Kopschate in gleicher Höhe, gelangen an Johanni und Weihnachten in Beträgen von je 750 Mark an zwei arme hiesige Bürgerkinder, welche fünf Jahre ununterbrochen an einem Orte gedient haben, zur Auszahlung. Bei Vertheilung der Zinsen des Winckler'schen Legats haben diejenigen Dienstmädchen, die am längsten an einem Orte sind, den Vorzug. Bei beiden Stiftungen ist selbstredend gute Führung die erste Bedingung, unter welcher die diesbezüglichen Gesuche berücksichtigt werden. Außerdem sind von Wincker dem hiesigen Magistrat noch 600 M. zum Zweck der zinsfreien, sicheren, gegen Rückzahlung zu erfolgenden Ausleihung an hiesige Bürger unter der günstigen Bedingung ratenweiser Zurüdzahlung überwiesen worden.

r. Namslau, 15. Decbr. [Lehrer-Verein.] Auf die in Folge des Beschlusses der Versammlung des hiesigen Lehrer-Vereins vom 15. v. Mt. ergangene Aufforderung an die Lehrer des Kreises, dem Lehrer-Verein beizutreten, haben mehrere Lehrer dem Vereine ihren Beitritt angemeldet. In der gestrigen Sitzung des obigen Vereins beendete Herr Prediger Dohlschall seinen höchst interessanten Vortrag über die Decimalrechnung in der Volksschule. Zu dem fest eingehend behandelten Vortrage hatte Herr Dohlschall 41 Theesen aufgestellt und diese in folgenden 7 Abschnitten behandelt: 1) Von den Zahlen. 2) Von den Zahlwörtern. 3) Von den Ziffern. 4) Das Rechnen mit Decimalbrüchen, a. mit endlichen, b. mit unendlichen Decimalbrüchen. 5) Das Rechnen mit Decimalbrüchen im Verhältnis zum übrigen Tafelrechnen. 6) Von den Mäßen, insbesondere den metrischen. 7) Wie weit gehören die Decimalbrüche in die Volksschule?

Reise, 17. Decbr. [Wahl.] Bei der heute hier stattgehabten anderweiten Wahl eines Abgeordneten zum preussischen Landtage wurde der Oberlehrer a. D. Theissing (Centrum) mit 354 von 362 Stimmen gewählt.

Sohran, 16. Decbr. [Jubiläum. — Festschmückung.] Heute feierte einer der geachteten und verdienstlichen Bürger unserer Stadt, der Rathsherr, Kaufmann und Güterbesitzer Herr Moriz Adler sein 50jähriges Bürgerjubiläum und zugleich das Fest seiner goldenen Hochzeit. Magistrat und Stadtverordnete zogen sich 10 Uhr Vormittags zu einer außerordentlichen Sitzung in dem mit Lannengrün reich geschmückten Sitzungssaale der Stadt, zu welcher der Jubilar durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten abgeholt wurde. Herr Bürgermeister Hörd er begrüßte und beglückwünschte im Namen der beiden städtischen Collegien den Jubilar. Er hob in längerer, herzlicher Ansprache die Verdienste hervor, die sich derselbe um die Stadt durch eine lange Reihe von Jahren in städtischen Ehrenämtern als Stadtverordneter und Rathsherr in hohem Maße erworben und überreiche ihm in Anerkennung dieser Verdienste das Diplom des Ehrenbürgerrechts. Herr Abgeordneter, Kaufmann Seydowitz gratulirte alsdann im Namen des Magistrats und überreichte unter entsprechender Ansprache dem Jubilar zum Andenken ein photographisches Gruppenbild sämmtlicher Mitglieder des Magistrats. Während des Festes sprach der also Gefeierte mit bewegten Worten der Versammlung seinen Dank aus, in seiner Bescheidenheit meinent, daß er all diese Liebe und Auszeichnung gar nicht verdient habe. Ein Hoch, welches der Jubilar in warmer patriotischer Begeisterung dem Kaiser ausbrachte, schloß die offizielle Feier. Die Versammelten begleiteten nun den Jubilar auf dessen Einladung zu einem Frühstück in seine Behausung, wo er, an der Seite der Jubelbraut, umgeben von seinen Kindern und Entelkindern, außer vielen anderen Gratulanten auch von dem Vorjand der hiesigen Synagogengemeinde beglückwünscht wurde. Herr Rabbiner Deutsch überreichte eine kunstvoll ausgestattete Glückwunschkarte. Möge es dem Jubilar, der mit seiner Ehefrau noch in vollster Kräftigkeit dasteht, noch recht lange vergönnt sein, in ungeschwächter Kraft zu wirken für das Wohl der Stadt und seiner Familie! — Heute besichtigte der Commandeur des Schlesischen Ulanen-Regiments Nr. 2, Herr Oberlieutenant von Dresty, die hiesige Schwadron.

Antonienhütte, 16. Decbr. [Aufführung. — Verhunger t. — Nächtlicher Unfug.] Die Eintönigkeit in unserem Orte fand gestern Abend in Knop's Hotel eine recht angenehme Unterbrechung durch eine musikalisch-theatralische Vorstellung zum Besten einer Weihnachtsbescheerung für arme Kinder, welche vom hiesigen Frauenverein unter Mitwirkung des hiesigen Gesangvereins „Antonia“ veranstaltet wurde. Der Vorstellung, welche eine Einnahme von 220 M. erbrachte, schloß sich ein gemüthliches Kränzchen an. Dem Herrn Dr. Köppler, wie dem Herrn Lehrer Hilla, dem bewährten Viedermeyer des Gesangvereins, deren selbstloser Opferwilligkeit das Gelingen des schönen Festes zu verdanken ist, sprechen wir an dieser Stelle den wohlverdienten Dank aus. — Seit Sonnabend vor 8 Tagen vermiste der Stellenbesitzer M. zu Kochowitz seinen 13jährigen Kuhhirten, Derselbe sollte nämlich auf energisches Geheiß seines Brotergebers die Winterfelle selbst besuchen, der junge Kuhhirt fand es jedoch für gerathener, zur erwähnten Zeit spurlos zu verschwinden. Vorgestern früh hatte zufälligerweise der Knecht des genannten M. auf dem Söller etwas zu suchen und zu seinem nicht geringen Schrecken fand er den seit einer Woche vermisten Knaben. Aber in welchem Zustande! Der junge Ausreißer, der vermuthlich die ganze Woche keine Nahrung zu sich genommen

hatte, lag in bewußtlosem Zustande da. Beide Beine, die höchstwahrscheinlich amputirt werden müssen, sind ihm erfroren. Der Unglückliche wurde in das Lazareth zu Bogutsch überführt. — In der Nacht vom 11. zum 12. v. M. kamen einige Stroche an den Schlagbaum des Mauthner Baues zu Neuborf, klopfen an dessen Fenster und verlangten unter rohen Redensarten, daß er den Schlagbaum aufziehe. Als der Mauthner die Fenster öffnete, um zu sehen, wer solche nächtlichen Unfug treibe und ob nicht ein Wächter in der Nähe zu finden sei, erhob einer der nächtlichen Ruhestörer einen Stoß, um höchstwahrscheinlich dem alten Mann einen Schlag zu verfehen, traf aber glücklicherweise nur das Fenster und zertrümmerte etliche Scheiben. Herr Baue verpflicht demjenigen 30 Mark Belohnung, der ihm dazu verhilft, daß er die nächtlichen Ruhestörer der Staatsanwaltschaft übergeben kann.

Handel, Industrie etc.

Berlin, 17. Dec. [Börse.] Obschon die Depeschen von den gestrigen Abendbörsen keineswegs anregend wirken konnten, so zeigte bei Eröffnung des Geschäftes unsere Börse eine ziemlich feste Physiognomie, und es gewann auch den Anschein, als würde der Verkehr sich reger gestalten. Da von der Wiener Vorbörse höhere Notirungen vorlagen, so profitirten die von Wien abhängigen Werthe besonders, und die Hauptspeculationspapiere setzten größtentheils mit etwas besseren Courren ein. Die Festigkeit konnte sich jedoch nicht lange behaupten und wich einer ziemlich intensiven Berstimmung, als gerüchtweise verlautete, daß die Wiener „Montags-Renue“ einen ungunstigen Artikel über die Oesterreichische Credit-Anstalt gebracht habe. Es soll in demselben darauf hingewiesen sein, daß der Effectenbestand des Instituts zu manchen Bedenken Veranlassung gäbe. Als Endresultat der Betrachtung wird der Schluß gezogen, daß die Creditanstalt nicht im Stande sein werde, eine höhere Dividende als 10—11 fl. per Actie, das ist etwa 6—6 1/2 % zur Vertheilung zu bringen. Zunächst mehrte sich demzufolge das Angebot in Creditactien, die hierdurch herborgerufene matte Tendenz verbreitete sich aber bald auch auf weitere Gebiete. Creditactien waren nicht unbeliebt, erfuhr aber eine Einbuße von mehreren Mark. Auch Franz. liehen im Courie nach, trotzdem sie sehr wenig gehandelt wurden. Lombarden blieben ganz vernachlässigt. Die Oesterr. Nebenbahnen blieben meist geschäftslos, behaupteten sich aber ziemlich gut auf ihrem bisherigen Courstande. Von den lokalen Speculationseffecten waren Disc.-Comm. Anttheile in Rüdicht auf den Rückgang der Oesterr. Creditactien matt. Dieselben notirten ult. 130,25—130,10—130,25, Laurahütte ult. 68. Auswärtige Staatsanleihen zeigten sich ziemlich lebhaft, besonders wurde ungar. Goldrente reger gehandelt. Russische Werthe schwächer. 5 % Anl. per ult. 82 3/4—%. Russ. Noten nicht unbeliebt, aber im Courie rückgängig, per ult. 196 3/4—5/8 (Vorprämie 196 1/2), per Januar 196 3/4—6/8. Preussische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnprioritäten fest und im mäßigen Verlehr. Auf dem Eisenbahncienmarkt stagnirte der Verlehr fast gänzlich und fast nur Courrückgänge zu verzeichnen. Es notiren per ult. Bergische 75,30—20—25, Cöln. 101,60—80—75, Rhein. 107—6,80—7. Freiburger mätter, Göttinger gut behauptet. Rumänier zogen etwas an, Ostpreussische Südbahn lieh etwas nach. Bankactien im Allgemeinen matt, Preussische Bodencredit und Dessauer Landesbank gingen zu höherer Notiz an, Darmstädter Bank gedrückt. Geraer B. und Gothaer Privatbank niedriger, Deutsche B. konnte sich auf letzter Notiz nicht behaupten, Norddeutsche Grundcredit weichen, Schaaubausen ebenfalls billiger, Braunschweigische Creditbank, Börsen-Handelsverein, Essener Credit- und Braunschweigische Bank gedrückt. Industripapiere wenig belebt, nur in den Actien der Vericherungsgesellschaften fand ein regerer Umsatz statt. Dessauer Gasactien zogen im Courie an. Greppiner Werke nachgebend. Bodbrauerei niedriger. Aboli erhöhte die Notiz. Expediteurverein mar billiger erhaltlich. Montanwerthe vernachlässigt. Aachen-Höngener, Mendener-Schwerte und Pluto-Priorität besser. Annener Gufstahl, Bonifacius und Rhönir behauptet.

Um 1/2 Uhr: Matt. Credit 392,50, Lombarden 115,50, Franzosen 438, —, Reichsbank 154,80, Disc.-Commandit 129,50, Laurahütte 67,75, Türken 12, —, Italiener 74,25, Oesterreichische Goldrente 62,50, Ungarische do. 72,40, Oesterr. Silberrente 54, —, do. Papierrente 53, —, 5proc. Russen 82, —, Köln-Mindener 101,50, Rheinische 106,75, Bergische 75, —, Rumänen 34,75, Russ. Noten 195,50 B.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Op. 173,75 bez., do. Eisen-Coup. 172 1/2 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. f. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,17,25 bez., do. Prioritäten 4,17 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6 % New-York-City 4,17,25 bez., Russ. Central-Boden min. 25 Pf. Paris, do. Papier und berl. min. 1 Pf. f. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 1 Pf. Warschau, Russ.-Engl. Conf. berl. 20,52 bez., Russ. Zoll 20,52 bez., 2er Russen —. — Große Russ. Staatsbahn —, —, Russ. Boden-Credit 20,20 bez., Warschau-Wiener Comm. 20,12 bez., 8 % Rumänische Staats-Anleihe —, Warschau-Teresopol 20,17 bez., 3 % und 5 % Lombard min. 25 Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. 30 Pf. Paris, Holländische min. 25 Pf. Amsterdam, Schweizer minus 50 Pf. Paris, Belgische minus 35 Pf. Brüssel, Berl. Str.-Obligat. 20,35 bez.

Eisenfeld, 17. Decbr. [Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn] betragen im Monat November d. J. 4,803,923 M. gegen 4,794,952 M. im Monat November 1877, mithin Mehreinnahme 8971 M. Die Einnahmen der Ruhr-Sieg-Eisenbahn incl. Finntrop-Diie betragen im Monat November cr. 545,655 M. gegen 550,355 M. im Monat Novbr. 1877, mithin Mindereinnahme 4700 M. Die Einnahme der Bergisch-Märkischen und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn zusammen betragen im Monat Novbr. d. J. 5,349,578 M. gegen 5,345,307 M. im Monat Novbr. v. J., mithin Mehreinnahme 4271 M.

Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn zusammen betragen vom 1. Januar bis ult. November d. J. 56,114,333 M. gegen 55,996,547 M. im dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres, mithin Mehreinnahme 517,786 M.

Berlin, 17. Decbr. [Producten-Bericht.] Der Frost hat etwas nachgelassen. Der heutige Markt war für Getreide außerordentlich still und die Stimmung eher matt. — Für Roggen gab es einzelne Reflectanten, die nur zu etwas ermäßigten Preisen kaufen wollten, umgekehrt wurde sehr wenig auf Termine sowohl wie loco. — Roggenmehl ist etwas billiger erlassen worden. — Weizen nahezu ganz geschäftslos, dennoch tritt in den Preisen Neigung zum Rücktritt herbor. — Hafer loco unverändert. Termine entschieden matt. — Rüböl in recht beschränktem Verlehr. Geringe Anerbietungen haben genügt, um einigen Druck auf die Preise auszuüben. — Petroleum still, aber fest. — Spiritus ist bei übermäßigem Angebot billiger gekauft worden.

Weizen loco 150—190 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer märkischer — M., feiner gelber russischer — Mark ab Bahn bez., per December 172 1/2 M. bez., per April-Mai 178 M. Br., 177 1/2 M. Gd., per Mai-Juni 180 1/2 M. Br., 180 M. Gd. Gefundigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 115—130 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 117—120 M., neuer inländischer 122—124 M., feiner inländischer — M. ab Bahn bez., per Decbr. 120—120 1/2—120 M. bez., per December-Januar 119 1/2—120 M. bez., per Januar-Febr. 119 1/2 bis 120 M. bez., per April-Mai 120 1/2 M. bez., per Mai-Juni 121 bis 121 1/2 Mark bez. Gefundigt 5000 Ctr. Kündigungspreis 120 M. — Gerste loco 112—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 95—130 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 100—115 Mark bez., russischer 100—115 M. bez., pommerischer 110—117 M. bez., schlesischer 110—120 M. bez., böhmischer 110—120 M., feiner weißer pommerischer und medlenburgerischer 120—125 M. bez., feiner weißer russischer — M. ab Bahn bez., per Decbr. — M. bez., per April-Mai 115 1/2—115 M. bez., per Mai-Juni 117 M. bez. Gefundigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Rohwaare 132—190 M., Futterwaare 116—127 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unbesteuernd incl. Sad Nr. 0: 25,00—24,00 M., Nr. 0 und 1: 24,00—23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unbesteuernd incl. Sad Nr. 0: 19,00—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,25 bis 16,25 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad per December 17 M. bez., per December-Januar 17 M. bez., per Januar-Februar 17,05 M. bez., per Febr.-März 17,15 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,20 M. bez., per Mai-Juni 17,30 M. bez. Gd. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Dersaaten: Winterraps loco 228—245 M. bez., Winterraps loco 220—235 M. bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Sad — M., ohne Sad 56,5 M. bez., per December 56 M. bez., per December-Januar 56 M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 57—56,8 M. bez., per Mai-Juni 57,2—57 M. bez. Gefundigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 56 Mark. Leinöl loco 56 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Sad 20 M. bez., per December 19,7 M. bez., per December-Januar 19,7 M. bez., per Januar-Februar 19,7 M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai — M. bez. Gefundigt — Ctr. Kündigungspreis — M. Spiritus loco ohne Sad 51,8 M. bez., per December 52,1—51,9—52 M. bez., per December-Januar 51,9—51,8 M. bez., per Januar-Februar 51,9

Berliner Börse vom 17. December 1878.

Table with multiple columns: Fonds- und Geld-Course, Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Aktion, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, Ausländische Fonds, Bank-Papiere, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, Industrie-Papiere, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.

Ungar. Goldrente 72 1/2. Italiener. Russ. Bodencredit 73. Russen 1872 81 1/2. Neue russ. Anleihe 82 1/2. Amerikaner 1885 99 1/2. 1860er Loose 108 1/2. 1864er Loose 252, 50. Creditactien*) 196 1/2. Deft. Nationalbank 680, 00. Darmstädter Bank 112. Meiningen Bank 75 1/2. Hess. Ludwigsbahn 65. Ungarische Staatsloose 148, 00. do. Schatzanweisungen, alte - , do. Schatzanweisungen, neue 99 1/2. do. Ostbahn-Obligationen II. 63 1/2. Central-Pacific 104 1/2. Reichsbank 154 1/2. Reichs-Anleihe 95 1/2. Mart.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 17. Decbr. Für die verstorbene Großherzogin von Hessen ist eine zehntägige Hoftrauer vom 18. bis 27. d. Mts. angeordnet worden. Versailles, 17. Decbr. Senat. Bardoux erklärte auf die Interpellation, betreffend die Jurisdispositionsstellung des Rectors der Lyoner Facultät, Daresse, er müsse die Anklage zurückweisen, daß Daresse von jener Maßregel betroffen worden sei, weil er ein strenger Katholik sei. An der Universität würden alle Glaubensbekenntnisse respectirt. Er (der Minister) werde darüber wachen, daß dies immer der Fall sei. Bei der Verathung des Cultusetats beantragte Belcafell die Wiederherstellung des von der Kammer abgelehnten Credits von 200,000 Fr. für die Stellvertreter der Geistlichen. Bardoux bewahrte die Streichung für den Credit und versprach, für den Credit bei der Budgetberathung für 1879 einzutreten. Rampon erklärte, er und seine Freunde wollten für den Antrag stimmen, hätten aber angesichts des Versprechens des Ministers nichts gegen die Vertagung. Das Amendement Belcafell wurde mit 159 gegen 112 Stimmen angenommen, in Folge dessen wird die Deputirtenkammer noch einmal vor dem 31. d. zusammenzutreten müssen, um das durch obigen Beschluß geänderte Budget nochmals zu verathen. Madrid, 16. Decbr. Der Congress hat die Vorlage, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 250 Millionen Pesetas, genehmigt. - Der Senat hat den Gesetzentwurf über das geistliche Eigenthum angenommen. London, 17. Dec., früh. In der gestern Abend erschienenen Supplementausgabe der amtlichen „Gazette“ wird wegen des Ablebens der Großherzogin von Darmstadt eine dreiwöchentliche allgemeine Trauer vom 15. d. M. ab angeordnet. Die Dauer der Hoftrauer ist auf 6 Wochen bestimmt. - Der Herzog von Edinburgh ist von Canada hierher zurückgekehrt. - Der Prinz von Wales, Prinz Leopold und Prinz Christian von Schleswig-Holstein haben die Reise nach Darmstadt gestern Abend 8 Uhr über Bliestingen angetreten. London, 17. Decbr. Unterhaus. Groß erwiderte Hubbard, die Berichte über den Arbeiter-Nothstand seien übertrieben und Beforgnisse unnötig. Ueber den Stand der Dinge in den Eisendistricten sei er noch nicht informiert. Northcote antwortete Sammelson, er erhielt heute morgen ein Schreiben von Kayard über den Vorschlag der Pforte, die Anleihe zu garantiren, er habe die Sache noch nicht erwogen. Kayard machte der Pforte keine Hoffnung auf Erfüllung ihres Wunsches. Northcote wiederholte, die Regierung werde weder eine Gegenleistung von der Pforte für die Garantie fordern, noch überhaupt eine Anleihe garantiren ohne vorherige Zustimmung des Parlaments. London, 17. Decbr. Das Oberhaus nahm einstimmig die von Beaconsfield beantragte, von Granville unterfützte Condoleabresse an die Königin an und vertagte sich sodann bis zum 13. Februar. (Schon durch unsere Londoner Privatdepesche im heutigen Morgenblatt gemeldet.) (Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.) Hamburg, 16. Decbr. Heute Nachmittag ist der verantwortliche Redacteur der „Reform“, Gerhard Busch, wegen eines in der Sonnabend-Nummer enthaltenen Artikels: „Ein böser Tag für die Polizeibehörde“ verhaftet worden, da derselbe sich weigert, den Namen des Verfassers zu nennen. Zur Weihnachts-Literatur. Aus dem Verlage von Otto Spamer in Leipzig. Stanley und Cameron, Livingstone's Nachfolger. Afrika von Ost nach West quer durchwandert von Stanley und Cameron. Nach den Tagebüchern, Berichten und Aufzeichnungen der Reisenden bearbeitet von Richard Oberländer. Mit über 80 Text-Abbildungen, vier Tonbildern und zwei Karten. Der ländliche und völkertkundige Verfasser macht den misbegleitigen Leser in seinem neuesten Werte mit den Ergebnissen der von David Livingstone's Nachfolgern angefertigten großen Forschungs-Reisen bekannt. Sie führen uns in das Innere Afrikas, namentlich aber an die fesselnde Nil und Congo, deren Geheimnisse uns nun endlich erschlossen sind. In fesselnder Darstellungsweise erfahren wir, was Stanley, „der Bismarck der Afrikaforschung“, wie ihn der unbegreifliche Petermann nannte, auf seinen beiden Reisen quer durch Afrika erundet und erlebt, was Cameron, „der zweite Entdecker des Tanganjika“, auf seinem Zuge durch Afrika von Ost nach West beobachtet und erlitten hat. - Die neuesten Reiseberichte von Richard Oberländer mögen hierdurch allen denen angelegentlich empfohlen sein, welche sich Belehrung über den neuesten Stand der Afrikaforschung verschaffen wollen. Oben und Unten. Wanderungen zu den Schöpfungswundern des Festlandes. Die feste Erdoberfläche, die Großartigkeit der Gebirgsnatur und die Geheimnisse der Unterwelt. In Schilderungen für die Jugend herausgegeben von Prof. Friedrich Körner. Mit über 70 Text-Illustrationen, vier Tonbildern und einem bunten Titelbilde. Dieser der weisheitsreichen und beliebten Sammlung „Kosmos für die Jugend“ angehörige stattliche Band führt den Titel: „Oben und Unten“ deshalb, weil er seine Leser mit den Geheimnissen betraut macht, die im Innern der Erde verborgen liegen, und weil er weiterhin die blickartigen Gestalten vorführt, mit denen sich die Oberfläche der Erde schmückte und sie schön und innerfreund zu machen. - „Oben und Unten“ bietet eine ebenso belehrende wie unterhaltende Lectüre für die lern- und wissbegierige Jugend zu nächst, aber auch bei Erwachsenen dürfte sie wohl Interesse erregen. Dem vorliegenden Bändchen soll ein weiteres nachfolgen, welches unter dem Titel: „Reisen nach Unten und Oben“ sich mit „Bildern und Schilderungen der Wunder des Oceans und des Luftkreises“ befassen wird. Dr. Hönig's Klinik für Hautkranken etc. [5783] Breslau, Gartenstrasse 46 c. Garnirte Hüte, Garnirte Kopfstücker, Wollene Taillentücher offerirt in reichhaltigster Auswahl billigt. Wilhelm Prager, Ring 18. [8961] Livree-Anzüge (Specialität), aufs Solideste gearbeitet, in reichhaltigster Auswahl vorräthig im [8910] Kleider-Bazar von Gebr. Taterka, Albrechtsstrasse 59, Schmiedebuden-Gde. Ober-schlesisches Hausbackbrot mit Karbe und Salz, sehr schmackhaft offerirt Geckel's Bäckerei, Seimann, Carlstr. 42. [6538] Goldene Rabegasse Nr. 9. Frischen, nicht conservirten Atrachaner Caviar offerirt die Russische Caviar-Niederlage von B. Persicaner in Myslowitz, das Brutto-Pfund prima mit Mark 4,50, secunda Mk. 3,50. [1998] Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.